

# BRIV

Erscheint monatlich 2 mal  
zum 15. und 1. des Mts.

Organ des  
**Bundes revolutionärer Industrie-Verbände**

Einzel-Nummer 10 Pfg.  
Vierteljahresabonnement  
durch die Post 90 Pfg.

15. März 1932

Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Max Schmidt, Berlin SO 16, Brückenstr. 8 II  
Telephon F 7 Jannowitz 2582 und 0438.

5. Jahrgang Nr. 6

## Klasse gegen Klasse

Die erste Stimmzettelschlacht für den Präsidenten der Deutschen Republik ist geschlagen.

Fünf Kandidaten standen zur Wahl. Diese verkörperten zwei Systeme. Auf der einen Seite 4 Kandidaten für die Erhaltung des kapitalistischen Ausbeutungssystems, des Systems der Verelendung, des Hungers und der Not, für die breiten Massen der arbeitenden Schichten zugunsten einer kleinen profitgierigen Schicht, die da glaubt, daß diejenigen, die die Werte für die Wirtschaft durch Hand- oder Kopfarbeit schaffen, nur dazu da sind, damit sie prassen und schleimen können, denen das Schicksal der Millionen, die aus dem Produktionsprozeß infolge der Unfähigkeit des Kapitalismus ausgestoßen wurden, gleichgültig ist, — denen nur der Profit heilig ist.

Ihnen stand der Kandidat des Proletariats, der Entrechteten und Ausgebeuteten gegenüber; 4 gegen 1 —, das kapitalistische Profitsystem gegen das kommunistische Bedarfssystem, somit Klasse gegen Klasse.

Bei allen Wahlen verspricht man dem Volke das Schönste und Beste. Noch nie ist das vor der Wahl Versprochene gehalten worden. Noch niemals in der Weltgeschichte haben Führer, die sich Sozialisten nennen, sich so offen eingesetzt für ein System, von dem die Erfahrungen der letzten Jahre offen gezeigt haben, daß aus dem schaffenden Volke mit diktatorischen Mitteln das Letzte herausgepreßt wird, während man den abgetakelten Prinzen und Fürsten, Generälen und sonstigen Nichtstuarern Millionen an der Hand wirft. Während man den Großindustriellen und Banken, die ihren Direktoren und Aktionären Gehälter und Tantiemen zahlen, die in die Hunderttausende gehen, noch Millionen Subventionen aus dem Steuersäckel des Staates zuschanzt, um damit das bankrotte kapitalistische System, das seinen Lohnsklaven weder Arbeit noch Brot geben kann, aufrechtzuerhalten. Diese sich Sozialisten nennenden Führer, die seit 1914 immer wieder dem Kapitalismus hilfreich unter die Arme greifen, die ihre eigene Klasse, aus der sie hervorgegangen sind, bei allen Aktionen des Proletariats be-

kämpfen, sie verstiegen sich bei dieser Wahl zu der Schamlosigkeit, gemeinsam mit den offenen Gegnern des Proletariats in einem Wahlausschuß aufzurufen für den Kandidaten, den sie selbst bei seiner ersten Wahl 1925 noch als den Mann bezeichneten, der Krieg, Elend und Not bedeutet und der als Reichspräsident das System der Brüning-Regierung verkörpert, die den arbeitenden Schichten durch Notverordnungen die Löhne und Sozialfürsorgen abbaut, den Nazi-Terror mit seidenen Handschuhen anfaßt, das revolutionäre Proletariat in seinem Abwehrkampf gegen diesen Terror dagegen mit Gummiknüppeln bearbeiten läßt und durch diese ungleiche Behandlung dem Faschismus den Weg bereitet.

Der Erlaß des Reichwehrministers, der den Nationalsozialisten das Tor zur Reichwehrkaserne öffnet, während er es vor den Kommunisten verschließt; die selbst von bürgerlicher Seite nicht abzuleugnende Tatsache, daß die Justiz sich in ihren Urteilen immer mehr dem Faschismus anlehnt, zeigt den Kurs, der von jener Seite eingeschlagen wird, und der die Faschisten geradezu aufmuntert, weitere Angriffe auf das Proletariat zu unternehmen.

Hunger und Elend wird unter dem kapitalistischen System nicht nur bestehen bleiben, sondern zunehmen. — Schon heute spricht die Öffentlichkeit davon, daß im nächsten Winter mindestens 7 Millionen erwerbslos sein werden, d. h. daß dieses System keinen Ausweg aus der Krise findet. Deshalb ist dieser Wahlkampf anders zu bewerten als sonstige Wahlen. Die arbeitende Klasse hat bei dieser Wahl Farbe zu bekennen, ob sie gewillt ist, sich von den Sklavenarmen des kapitalistischen Ausbeutungssystems zu befreien — als Klasse, ohne Unterschied der Partei — oder Gewerkschaftsrichtung, sich zu formieren gegen die Klasse der Ausbeuter.

Es heißt deshalb erkennen, daß die Situation in Deutschland bei dieser Wahl dazu zwingt, als Ausgebeutete gegen Ausbeuter zu kämpfen und sich zu sammeln über alle Schranken hinweg zur Niederrichtung der kapitalistischen Profit- und Aufbau der kommunistischen Bedarfswirtschaft.

## Erwerbslose, eingereicht!

Krieg im Fernen Osten. — Die Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems drängen zur Entladung. Ist doch der Krieg ebenfalls ein Mittel, womit sich der Kapitalist aus seiner schwierigen Lage zu befreien sucht.

Diesmal eröffnet Japan den Reigen, während die übrigen imperialistischen Staaten sprunghaft auf der Lauer liegen.

Hierbei winkt ein gutes Konjunktur-Geschäft — alles um des lieben Friedens willen. Genf verbietet ja alles — auch die Abrüstung. Systematisch wird auch bei uns in Deutschland hierauf vorbereitet. Halbamtliche Friedensgesänge der Sozialdemokraten sind eben halbamtliche Erklärungen — bis auf Widerruf.

Von der SPD. bis ganz rechts rührt man die Kriegstrommel, sei es in den Schulen, Kirchen, Kinos oder im Rundfunk. Neue Totengedenktage werden mit Paraden eingesetzt. Durch alte Soldatenmärsche sollen Knochen und Hirne schön gefügig gemacht werden, während mit lustigen Militärfilmen das Soldatenleben von der schönen Seite gezeigt wird.

Man läßt sich die Sicherung des Profitsystems etwas kosten.

Die Vernichtung von Menschen bringt Profit.

Die Widersprüche verschärfen sich immer mehr. Trotz Vernichtung von Millionen Zentner Weizen, Millionen Ballen Kaffee und Baumwolle ist das Geschäft mies geworden. — Kriegslieferungen bringen größere Profite. — Damit wird Not und Elend noch vergrößert.

Nahezu 7 Millionen Hungernde, aus dem Produktionsprozeß Ausgestoßene, in Deutschland, trotzdem Milliarden-geschenke an Industriekapitäne, Banken, Junker, Kirchen, Fürsten und all die anderen Kampf- und Bettgenossen der Reaktion. Milliarden sind an den Ausgebeuteten durch Lohn- und Unterstützungsraub eingespart, aber neue Verelendungsmaßnahmen folgen. Am 1. Februar und 1. März d. J. kürzte man die Hungergroschen der Wohlfahrtsempfänger; Sozial-, Invaliden- und Unfallrentner folgen.

Schon wird der Angriff auf die Erwerbslosen-Versicherung eingeleitet; Afu-Arbeiter sollen in die Arbeitsdienstpflicht, 6 Tage Arbeit für 4 Tage Unterstützung.

Erneute Kürzung der Löhne und Gehälter, neue Zoll-, Steuer- und Preiserhöhungen stehen in Aussicht.

Soll die Wirtschaft wieder gesunden, wird das Spiel von neuem begonnen, d. h. solange die Arbeiterschaft sich dieses gefallen läßt.

Deshalb haben alle diejenigen, welche erwerbslos sind und werden, — die Pflicht, sich nicht abseits zu stellen, sondern gemeinsam mit den noch in Arbeit stehenden gegen

dieses Verelendungssystem anzukämpfen. Daher muß alles versucht werden, die Einheitsfront der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen herzustellen.

Dazu bieten die Erwerbslosenausschüsse die beste Grundlage.

Vorbedingung ist, daß die Mitglieder der Erwerbslosenausschüsse auch wirklich von den Erwerbslosen gewählt werden, ebenso selbstverständlich ist es, daß jeder Organisationsstreit verschwinden muß.

Die Erwerbslosen-Ausschüsse, gewählt durch das Vertrauen der Erwerbslosen ihres Bezirkes, haben wichtige Aufgaben zu erfüllen. Täglich müssen mindestens 2 Kollegen auf den Bezirksstempelstellen sein, die die Verbindung mit den übrigen Arbeitslosen suchen, auf ihre Beschwerden eingehen und sie darauf hinweisen, daß der Erwerbslosenausschuß die gewählte Vertretung der Arbeitslosen ist. Bei Delegationen nach den Bezirksämtern, bei Beschwerden der Erwerbslosen, bei Anträgen haben die Erwerbslosenausschüsse den Erwerbslosen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Hierdurch wird Vertrauen zu den Ausschüssen, aber auch die Einsicht der Erwerbslosen, daß sie nur durch die geschlossene Einheitsfront etwas erreichen, geschaffen.

Die Verbindung mit den Afu- und Betriebsarbeitern muß aufgenommen werden, um diesen klarzumachen, daß das Schicksal der Erwerbslosen auch ihr Schicksal ist. Sitz und Stimme im Ausschuß müssen diese haben, um so die nötige Verbindung mit den Betrieben zu erhalten.

In Erwerbslosen-Versammlungen ist der Tätigkeitsbericht zu geben, sind die Mängel aufzuzeichnen und die Versammelten zur Mitwirkung anzusprechen. Hierbei ist Grundbedingung für ein gedeihliches Arbeiten im Erwerbslosenausschuß, daß ein Unterordnen der Ausschüsse unter gewisse Richtungen oder Parteien, so z. B. RGO., nicht eintreten darf, wenn eine proletarische Massenbasis bei der jetzigen großen Zersplitterung im Arbeiterlager erreicht werden soll.

Wenn die RGO-Genossen anderer Meinung sind, dann mögen sie folgende Ausführungen lesen:

Die Rote Gewerkschafts-Internationale, deren deutsche Sektion die RGO. ist, hat eine andere Auffassung über die Führung der Erwerbslosen-Bewegung, die doch in den Händen der von den Erwerbslosen selbst gewählten Ausschüsse liegen muß. — Dies geht aus den Ausführungen, welche auf der VIII. Tagung des Zentralrates der RGI. ausgesprochen

wurde und in der Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale“ steht, deutlich hervor. Es heißt dort:

„Führung heißt nicht Bevormundung der Arbeitslosenbewegung und ihrer Organisationen und ihre Eingliederung in die Reihen der Roten Gewerkschaften und der RGO. Sie muß in der Schaffung von Ausschüssen und Arbeitsloserräten auf der Grundlage einer wirklich umfassenden Einheitsfront von unten herauf in der Aufstellung ganz konkreter Lösungen bestehen, die breitesten Massen der Arbeitslosen mobilisieren können in der Ausnutzung aller Formen des Kampfes.“

Wollen wir daher das große Heer der Erwerbslosen für die Bewegung interessieren, dann dürfen wir sie nicht unter die Befehle einer Organisation zwingen, sondern müssen durch Tageslosungen und praktische Arbeit ihnen zeigen, welcher Weg gangbar ist, welcher Weg zur Einheitsfront führt. Dadurch ist es möglich, sie für den Kommunismus reif zu machen.

Daher appellieren wir an alle auf den Stempeltellen zusammengeballten Erwerbslosen, ob Metall, Holz, Textil oder andere Berufe, die Gleichgültigkeit, den Stumpfsinn abzustoßen, die Erwerbslosen-Versammlungen der Bezirke zu besuchen und sich hinter die von ihnen gewählten Erwerbslosenausschüsse zu stellen.

Alle erwerbslosen Proleten der dem Bund angeschlossenen Organisationen müssen aktiv dazu beitragen, die Formierung der Einheitsfront herzustellen. In den nächsten Wochen müssen Meldungen bei unterzeichneten Betriebsräte-Ausschüssen einlaufen von all denen, die als Ausschußmitglieder in den einzelnen Bezirken fungieren.

So an die Arbeit herangegangen, dann werden wir zur Mobilisierung der Massen beitragen, dann werden wir auch als Erwerbslose in dem großen Kampf gegen Reaktion und Faschismus unseren Mann stehen können.

Betriebsräte-Ausschuß für das Bau- und Metallgewerbe.  
i. A.: F. Sch.

## Die Sanierung der Großbanken

Für die kapitalistische Wirtschaft würde der Zusammenbruch der Großbanken zugleich ein Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft sein. Ein treffendes Beispiel hierfür war der Zusammenbruch der Danat-Bank im Juli 1931. — Schon dieser Zusammenbruch rief eine Stockung des gesamten Betriebes der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland hervor und konnte nur durch die Subvention des Staates der Zusammenbruch einer ganzen Anzahl industrieller Unternehmungen, die an dieser Bank beteiligt waren, vermieden werden.

Jede Großbank ist heute mit mehreren industriellen und Handelsunternehmungen auf das Innigste verflochten. Gerade darin zeigt sich der Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Organisation der Produktionskräfte und der Leitung dieser Produktion vom Standpunkt des individuellen kapitalistischen Profitstrebens. Deshalb greift der kapitalistische Staat ein, um den Profitmachern wieder die Tasche zu füllen, weil sonst die kapitalistische Wirtschaft — und damit dieses System, von dem Professor Bonn sagte, daß es reif zum Untergang sei, da es seine Menschheit nicht mehr ernähren könne, zusammenbrechen würde. —

Da die Staatsmaschine in ihrer heutigen privatkapitalistischen Einstellung kein Interesse an der Beseitigung dieses Systems hat, sind die verkrachten Großbanken mit Hilfe des Reiches saniert worden. Es handelt sich hierbei nicht nur um die Danat- und die Dresdner Bank, die im vorigen Jahre schon einmal Subventionen in Höhe von 170 resp. 300 Millionen Mark erhielt und dadurch von der völligen Pleite verschont blieb, sondern auch um die Deutsche Bank, die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt, die Disconto-Gesellschaft, die Commerz- und Privatbank, den Barmer Bankverein.

Bei all diesen Banken sind riesige Kreditsummen eingefroren; allein die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft hat Verluste in Höhe von 275 Millionen Mark erlitten.

Während die 36 000 kleinen Gläubiger der verkrachten Bank der Wirtschaftspartei, der Bank für Handel und Grundbesitz, vergeblich ihre verlorenen Spärfennige zu retten versuchen, erhalten die Herren der Großbanken auf Kosten des Reiches, d. h. der werktätigen Steuerzahler eine Subvention von etwa 800 Millionen Mark als Entschädigung für ihre Verluste.

Eine Notverordnung Hindenburgs ermächtigte die Reichsregierung, zur Sanierung der Banken Beträge bis zu 250 Millionen Mark und außerdem noch 400 Millionen Mark an Krediten zu verausgaben.

Außerdem stellt die Reichsbank auf dem Wege über die Golddiskontbank 200 Millionen Mark für die Großbanken zur Verfügung.

Die Gewerkschaftsführer der reformistischen Verbände und die SPD. haben die Subventionen für die Großbanken unterstützt. Sie waren und sind dafür, daß hunderte Millionen Mark den Bankiers an den Hals geworfen werden. — Für die

Erwerbslosen, für Millionen hungrige und darben de deutsche Arbeiter ist natürlich kein Geld da.

Das infolge der Krise zum großen Teil verloren gegangene Aktienkapital der Großbanken wird nunmehr zusammengelegt und mit Reichsmitteln aufgefüllt. Bei der Deutschen Bank- und Disconto-Gesellschaft beteiligt sich die Golddiskontbank mit 50 Millionen Mark. Bei der Commerz- und Privatbank, die mit dem Barmer Bankverein fusioniert ist, übernimmt das Reich die Mehrheit des Aktienkapitals, ebenso bei der Dresdner Bank, die mit der Danat-Bank vereinigt wird. Die erste Folge dieser Fusionen werden Massenentlassungen von Bankangestellten sein.

800 Millionen werden ausgeworfen, um den bankrotten Großkapitalisten wieder auf die Beine zu helfen, während das Reich die Leistungen für die Erwerbslosen und die Sozialrentner immer weiter abbaut. — Die SPD. behauptet, daß die Beteiligung des Staates an den Großbanken, deren kapitalistischer Charakter vollkommen ändere. (Die Sozialisierung marschiert!) Wenn die Regierung auch noch die wichtigsten Posten in der Leitung der Banken mit ihren Funktionären besetzt, so ist die Sozialdemokratie der Meinung, darin schon die Morgenröte des Sozialismus zu sehen. Eine Verstaatlichung des Kapitals, eine Verwandlung der Produktionsmittel in Staatsigentum hat jedoch für die breite Masse des Proletariats nur dann einen Wert, wenn dieser Staat unter der Diktatur des Proletariats seine Wirtschaftsweise reguliert. Die Beteiligung des kapitalistischen Staates an der Wirtschaft, also die Beteiligung des Reiches an den Banken dient nur dazu, mit Steuergeldern der Allgemeinheit die privaten Kapitalisten vor der Pleite zu schützen. Die kapitalistische Anarchie wird jedoch durch den Staatskapitalismus nicht beseitigt werden, sondern dient nur dem weiteren Profitstreben der kapitalistischen Gruppen, die am nächsten zur staatlichen Futterkrippe sitzen. Die Arbeiterklasse hat kein Interesse an der Sanierung der Großbanken, bedeutet dieselbe doch nur die Verzögerung und weitere Aufrechterhaltung des kapitalistischen Profitsystems auf Kosten des Proletariats.

## Gruppe Land- und Forstarbeiter

### Aus der Landwirtschaft

Mit welcher raffinierten Mitteln die Großagrarien arbeiten, um sich in den Genuß von Staatsgeldern zu setzen, zeigt folgender Vorfall:

Ein Rittergutsbesitzer Kroeck aus Tiefentamm bei Wehlau reichte an das Preussische Landwirtschaftsministerium ein Gesuch ein zwecks Osthilfe — um Gelder zur Sanierung seines Gutes zu erhalten. — Darauf wurde sein Gut mit totem und lebendem Inventar auf 556 800 Mark abgeschätzt.

Zur selben Zeit kündigte die Frau Rittergutsbesitzerin ihre auf dem Gut stehende Hypothek von 50 000 Mark, ihr wurde der gesamte Viehbestand im Werte von 60 000 Mark überwiesen. Der schlaue Rittergutsbesitzer verschwiegte aber, daß er seiner Frau den gesamten Viehbestand übereignet hatte und erhielt prompt von der Osthilfe 151 000 Mark.

Trotz dieser ansehnlichen Summe ging es mit dem Rittergutsbesitzer weiter bergab. Das Gut sollte versteigert werden. Da verkaufte die Frau des Kroeck das ihr übergebene Vieh zu dem Schleuderpreis von 26 000 Mark. Mit diesem Geld verschaffte sich der edle Großagrarien die Bietkauktion für die Zwangsversteigerung, und die 21jährige Tochter dieses Rittergutsbesitzers erhielt auch den Zuschlag.

Durch diese Schiebung ist Kroeck seine Schulden losgeworden, die Staatskasse ist schwer geprellt, und das Gut ist im Besitz der bankrotten Familie Kroeck — es gehört formell der Tochter.

Als diese Schiebung herauskam, wurde Kroeck vor den Kadi geladen. — Der Gerichtsbeschuß ist folgender:

Trotz einer erschöpfenden Beweiserhebung und trotzdem vollständig richtige Beweiswürdigung vorlag, verurteilte man diesen Ritter der grünen Front, der sich gesund gestoßen hatte, zu ganzen 400 Reichsmark Geldstrafe.

## Wie den „wildem“ Völkern die Kultur gebracht wurde

Der Name Christoph Columbus ist allen bekannt. Er war es, der mit drei Segelschiffen auszog, um Amerika zu entdecken; er landete am 2. Oktober 1492 auf Guiana Hani, einer der Mittelamerika vorgelagerten Inseln.

Zum ersten Male stehen sich weiße und rote Menschen gegenüber. Zwei Rassen, zwei Menschentypen mit ihren Schwächen und Vorzügen.

Die Inselbewohner hielten die fremden weißen Männer für vom Himmel herabgefallene Götter und ihre Schiffe für Meeresungeheuer. Allmählich wurden sie zutraulich und nahmen die Spanier aufs gastfreundlichste in ihren Hütten auf und brachten als Gegengeschenke für die Glasperlen und ähnliche Kleinigkeiten, welche die Spanier ihnen gaben, zahme Papageien, Baumwollgarne und Schmuckstücke aus Gold.

Columbus war klug genug, auf seiner Weiterfahrt von Insel zu Insel das gute Einvernehmen vorläufig nicht zu stören.

Auf den Antillen-Inseln sahen die Spanier zum ersten Male Menschen, die Tabak rauchten.

In Haiti bekamen sie Gold in so reichem Maße geschenkt, daß sie aufs höchste erstaunt waren. Columbus sagte von diesen Indianern Haitis: „Diese Eingeborenen sind so herzlich, so liebevoll, so friedliebend, daß ich versichern kann, daß es auf der ganzen Welt weder ein besseres Volk noch Land gibt. Sie sind freilich nackt, allein ihre Manieren sind voll Anstand und Liebreiz.“ Das hinderte ihn jedoch nicht, diese Menschen für seine Zwecke dienstbar zu machen und ihnen den segensreichen Einfluß der weißen Kultur beizubringen. Daß er sich zu diesem Zwecke fest und unvertreibbar im Lande niederlassen mußte, leuchtete ihm ein und daher wurde auf Haiti die erste spanische Zwingburg gebaut, das Fort la Navidad. Die Indianer durften bauen helfen und waren mit naivstem Eifer bei der Sache. Sie durften, ähnlich wie Christus selber sein Kreuz tragen mußte, das Fort bauen, von wo aus sie später niedergemacht werden sollten.

Columbus ließ 39 Spanier im Fort zurück und segelte nach Spanien, um weitere Spanier herbeizuholen, die dem

So sieht die Praxis des deutschnationalen Agrariertums aus, und so wird von der republikanischen Gerichtsbarkeit eine derartige Schiebung behandelt. Wie würde es einem armen kinderreichen Landarbeiter ergangen sein, der sich einen Scheffel Korn vom Gutshof des edlen Kroeck angeeignet hätte, um seine elende Lage dadurch etwas zu verbessern und dabei erwischt worden wäre. Ihn hätte man sicher auf einige Monate in sicheren Gewahrsam gebracht, ihn vom Gutshof gejagt und seine Familie dem Elend überlassen.

## Arbeiter zu Arbeiter

Um sich beim Unternehmer lieb Kind zu machen, gibt es oftmals Arbeiter, die ihre eigenen Klassenbrüder zu schädigen suchen.

Ein solches Beispiel ereignete sich in Schwaneberg, Kreis Prenzlau. Dort wurde auf dem Bauernhof des Besitzers Proefroek der Landarbeiter A. Baumann wegen eines Streites fristlos entlassen und durch den Gerichtsvollzieher zwangsweise aus der Wohnung gesetzt. Zur Räumung stellte der Bauer 2 Leute, frühere Arbeitskollegen Baumanns. Einer derselben, der Arbeiter Karl Kutz, glaubte nun mit den Sachen Baumanns so umgehen zu müssen, daß sie stark beschädigt wurden. — Im Beisein des Bauern machte er darüber außerdem seine Glossen. Auf Vorstelligwerden unserer Kollegen wurde der Bauer dann verpflichtet, die Möbel Baumanns nach der Wohnung, die er durch Rücksprache unserer Kollegen bei der Gemeindebehörde zugewiesen erhalten hatte, hinzuschaffen.

Das Verhalten des Proefroek ist den Arbeitern in dortiger Gegend zur Genüge bekannt, vornehmlich, daß er die bei ihm Beschäftigten meist fristlos entläßt, nachdem er einen diesbezüglichen Grund gesucht und gefunden hat, den verdienten Lohn einbehält und zynisch erklärt, den sollen sie sich einklagen, wenn sie ihn haben wollen. — Dem Kutz, der dort arbeitet und glaubt sich durch seine Liebedienerei zu halten, wird es vielleicht einst ebenso ergehen. Die Landarbeiter werden sich aber sein Verhalten gegenüber seinen Arbeitsbrüdern merken.

Die Landarbeiter müssen erkennen lernen, wo sie sich einzureihen haben, wenn sie als geschlossene Masse solchen Schikanen und solcher Behandlung der Arbeitgeber entgegenzutreten will.

Die reformistischen, christlichen und nationalen Landarbeiter-Verbände haben die Landarbeiter immer tiefer in das Elend gestoßen. Von diesen ist ein Kampf um Besserung der trostlosen Zustände nicht zu erwarten, da sie ja nicht die Arbeiterklasse, sondern die Kapitalisten, die Gutsbesitzer und Großbauern vertreten. (siehe Eiserner Front) Mit ihm heißt es für die Landarbeiter, heraus aus dem Verband der Neuwirtschaft, aus dem Märkischen Landarbeiter-Bund und dem Deutschen Landarbeiter-Verband und sich einreihen in die Gruppe Land- und Forstarbeiter des Bundes revolutionärer Industrie-Verbände.

## Ortsgruppe Schwenen

Den Kollegen zur Kenntnis, daß alle Kassiererangelegenheiten durch den Kollegen Emil Stelter, alle anderen Fragen durch den Vorsitzenden, Kollegen Josef Dalaszynski, erledigt werden.

## Ortsgruppe Prenzlau

Am Sonntag, dem 20. März d. J., nachmittags 2 Uhr, findet im Lokal Vaselow, An der Schnelle, die

### Generalversammlung

der Gruppe Land- und Forstarbeiter statt.

Die äußerst wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Das frühere Mitglied des Industrie-Verbandes für das Baugewerbe, Josef Baumann, Mitgliedsbuch Nr. 51 714, welcher bei der Agitation unter den Landarbeitern tätig war, ist wegen Zugehörigkeit zur NSDAP. ausgeschlossen.

Die Landarbeiter haben daher jede Verbindung mit Baumann sofort abzubauen.

friedliebenden Volke die Kultur beibringen sollten.

Diese 39 Spanier haben ihre Aufgabe gründlich gelöst. Sie zeigten den Eingeborenen wie ein christlicher Lebenswandel zu führen ist. Trotzdem der Häuptling jedem von ihnen 2 oder 3 Frauen als Gefährtinnen gegeben hatte, taten sie sich in bezug auf die Frauen der Eingeborenen durchaus keinen Zwang an. Sie stahlen den Indianern alles, was ihnen gerade gefiel und hatten untereinander dauernd Zank und Streit, wobei nicht selten Blut floß. Die Wirkung blieb natürlich nicht aus. Die anfängliche Ehrfurcht der Indianer vor den weißen Göttern war bald geschwunden, ihre Gutmütigkeit verwandelte sich in Mißtrauen und Feindseligkeit.

Als dann ein Teil dieser Spanier einen Raubzug in das goldreiche Innere des Landes unternahm, kam der Stein ins Rollen. Der Häuptling dieses Landstriches war nicht dumm genug, um nicht zu fühlen, daß die weißen Fremdlinge ihm gefährlich werden können. Tapfer und entschlossen ließ er elf Räuber in seinem Gebiet ergreifen und töten. Alsdann sammelte er seine Krieger und marschierte in aller Heimlichkeit durch die Wälder, überwältigte die völlig überraschten Spanier und ließ das Fort vernichten. Columbus fand bei seiner Rückkehr nur Trümmer vor.

Nun verzichtete man auf alle weiteren Formalitäten und stieg in die Sphäre des Irdischen herab. Es gab bald keinen Distrikt mehr, in dem nicht ein spanisches Fort stand.

Mit den gemeinsten Mitteln nahm man den Häuptling der Indianer gefangen. Man bot ihm Frieden an und lud ihn zu den Verhandlungen ins spanische Lager. — Die Spanier entführten und töteten ihn.

Kurze Zeit darauf ließ Columbus 500 Indianer mit Gewalt aufs Schiff bringen, um sie in Spanien als Sklaven verkaufen zu lassen. — Auch eine Tat christlicher Nächstenliebe. Dadurch gerieten die Indianer in Empörung, mehr denn 10 000 Mann stürmten den Spaniern entgegen. Die Spanier, ausgerüstet mit Gewehren und Geschossen, vernichteten jedoch dieses Heer. Sie hetzten ihre Bluthunde auf die Eingeborenen.

Nach diesem Aufstand bekamen die Eingeborenen all die Glückseligkeiten der Kultur zu verspüren. Das Land und die Schätze wurden spanischer Besitz. Die ehemals hier An-

## Der Kampf der holländischen Textilarbeiter soll vernichtet werden

Wir entnehmen dem Organ des holländischen Verbandes der Arbeiter und Angestellten in öffentlichen Diensten „De Gemeenschap“, daß der Führer, der seit mehr als 13 Wochen in der Provinz Twente im Kampf stehenden Textilarbeiter, der Sekretär der Föderation der Textilarbeiter, angeschlossen dem NAS., vom Staatsanwalt wegen Aufruhrs angeklagt worden ist.

Am 23. Februar fand in Almelo die Verhandlung vor dem dortigen Gericht statt. Ein großer Zeugenapparat wurde aufgebildet, der bekunden soll, daß in einer Streikversammlung, welche von mehr als 2000 Personen besucht war, der Genosse Postmus zum Aufruhr aufgefordert haben soll. Die Aufforderung, die Streikbrecher aus den Betrieben fernzuhalten, habe bewirkt, daß einer der Kreaturen, die den Kämpfenden in den Rücken fallen, von einem Streikenden mit einem Stein beworfen worden sei.

Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis, das Gericht beschließt nach einer äußerst sachlich gehaltenen Verteidigungsrede des Genossen Postmus Vertagung, um weiteres Material zum neuen Termin herbeizuschaffen.

Wir sehen aus dieser Verhandlung, daß das bürgerliche Gericht, ob in Deutschland oder in Holland, oder in irgendeinem anderen kapitalistischen Staate, überall die gleiche Einstellung hat gegenüber revolutionären Arbeitern.

Die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung Hollands möchte man am liebsten ausrotten, da nur diese ernstlich den Kampf gegen ihre Unterdrücker führt.

Die reformistische Gewerkschaft der Textilarbeiter Hollands ist nur unter dem Druck der Streikenden gezwungen worden, sich am Kampf zu beteiligen. Sie würden lieber heute wie morgen die Streikenden zur Kapitulation zwingen, wenn sie nicht fürchten müßte, daß dann die Mitglieder ihre verräterische Rolle erkennen und sich der NAS.-Organisation anschließen würden.

Die noch den reformistischen Gewerkschaften angehörenden Mitglieder sollten auch in Deutschland daraus die Lehre ziehen, daß nur revolutionäre selbständige Gewerkschaften gegen ihre Ausbeuter das Mittel zu einem wirklichen Erfolg sind, daß sie, wenn sie das kapitalistische System niederringen wollen, sich auch Gewerkschaften anschließen müssen, die auf revolutionärer Grundlage aufgebaut sind.

## Arbeitslose, merkt euch diese Worte!

In einer in Leipzig stattgefundenen Versammlung der Lebensmittelarbeiter stand die Frage der Naturalverpflegung für Arbeitslose zur Debatte. Der Referent, ein Vertreter des Gesamtverbandes, Sektion der Lebensmittelarbeiter, machte hierbei folgenden Ausspruch: „Es ist für die Arbeitslosen immer noch besser, wenn sie Naturalverpflegung erhalten, als wenn sie gar nichts mehr zu beißen haben.“ Also, Arbeitslose, das Maul halten und nicht-gemurrt, euch wird im Winter durch die Gulaschkanone ein Teller Suppe verabfolgt, dann habt ihr alles, was ihr braucht.

## Bekanntmachungen

Der Männerchor „Freies Lied Ost“ (Mitglied des F. A. S. B. D.) und das Balalaika-Orchester Bajan, welche bei Veranstaltungen unserer Organisationen sich immer bereitwilligst zur Verfügung gestellt haben und denen ein Teil unserer Mitglieder angehört, veranstalten am Sonnabend, dem 19. März d. J., in „Bökers Festsälen“, Berlin O, Weberstr. 17, ein

Proletarisches Werbekonzert.

Saaleröffnung 19 Uhr.

Eintritt inkl. Steuer 75 Pf.

Obige Organisationen erwarten Unterstützung durch regste Teilnahme an dieser Veranstaltung.

sässigen wurden zu Tausenden nach Spanien in die Sklaverei verschickt, die Zurückbleibenden zu den härtesten Frondiensten gezwungen.

Ein Gebiet dieser Inseln wurde von einer Frau regiert. Anacoana war weithin durch ihre Klugheit und Schönheit berühmt. Der Gouverneur der Inseln brach eines Tages kurzerhand mit 400 Soldaten auf und gab vor, der Fürstin einen Besuch abzustatten zu wollen. Er wurde mit allen Ehren empfangen. Eine zahllose Menge Indianer, völlig arglos und unbewaffnet, war herbeigeströmt, sich immer wieder von der heuchlerischen Freundlichkeit der Spanier täuschen lassend. — Grausamer ist selten jemand getäuscht worden. Mitten in den Spielen ließ der Gouverneur seine Soldaten auf die Wehrlosen losgehen. Er ließ alles, was da war, Mann, Weib und Kind, zusammenschießen, hauen, stechen.

Es war ein fürchterliches Blutbad. Ueber 80 Indianer wurden an hölzernen Pfosten eines Gebäudes gebunden und lebendig verbrannt, Anacoana wurde erhängt, alles, was entkommen war, mit Bluthunden gehetzt und nach der Ergreifung ebenfalls aufgeknüpft.

So wurden allmählich die Inseln fast ganz entvölkert. Was von den Ureinwohnern noch übrig blieb, unterwarf sich in dumpfer Verzweiflung dem schrecklichen Los.

Noch waren keine 12 Jahre seit der Landung der Spanier auf Haiti vergangen und schon war die gesamte Bevölkerung, nahezu 1 Million, der Brutalität der Spanier zum Opfer gefallen.

Ebenso geschah es auf Kuba. Um die verödete Insel wieder zu bevölkern, wurden 40 000 Indianer von den Bahama-Inseln nach dort geschleppt. Nach wenigen Jahren waren auch sie den Fremden erlegen und Friede und Ruhe, Kirchhofsruhe, herrschten im Lande.

So haben weiße Christen ihren roten Brüdern die Kultur gebracht. Wer da einwenden sollte, daß dieses im finsternen Mittelalter war und daß diese Art Christen in den letzten 400 Jahren christlicher geworden sind, den brauchen wir nur auf die Erfahrungen des Weltkrieges hinzuweisen, den verweisen wir auf das augenblickliche Gemetzel im Fernen Osten.

# Industrie-Verband für das Metallgewerbe

Zentrale: Berlin, Kommandantenstr. 63/64, v. 3 Tr. — Telefon: A 7 Dönhoff 3110

## Ein neues Verdummungsmanöver des ADGB.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die größte konterrevolutionärste Organisation Deutschlands, versucht wieder einmal mit dem Mittel der Lüge, die arbeitenden Massen für sich zu gewinnen und für ihre gemeinen Ziele zu mißbrauchen. In Anbetracht seines immer mehr schwindenden Einflusses unter der Arbeiterschaft ist der ADGB unablässig bemüht, neue Methoden und Taktiken zur Verdummung der Proleten zu finden, hoffend, dadurch den Abwanderungsstrom seiner Mitglieder zu hemmen. Das neueste Schwindelmanöver des ADGB besteht darin, den Arbeitern weiszumachen, die Freien Gewerkschaften würden in nächster Zeit für die Beschaffung ausreichender Arbeit Sorge tragen. Mit großem Tamtam verkünden die Reformisten, daß sie einen außerordentlichen Kongreß abhalten werden, dessen einzige Aufgabe darin bestehe, Pläne zur Beschaffung von Arbeit auszuhecken. Dabei wissen die Führer der Freien Gewerkschaften nur zu gut, daß in absehbarer Zeit in Deutschland keine ausreichenden Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen sind, es müßte denn sein, die Regierung würde die gesamte Wirtschaft auf die planmäßige Erzeugung umstellen. Das aber ist von einer kapitalistischen Regierung nicht zu erwarten. Und die Möglichkeiten, die innerhalb der Grenzen des kapitalistischen Systems möglich sind, sind so gering, daß man nicht gut von einer wirklichen Verbesserung der Arbeitsmarktlage sprechen kann. Ein einfaches Rechenexempel lehrt das.

In Deutschland sind gegenwärtig an 6½ Millionen Arbeitslose. Dazu kommen mindestens 1½ Millionen Kurzarbeiter. Die Bestellungen zeigen in allen Unternehmungen rückwärtige Tendenzen. Bei weiterem Anhalten des Auftragsrückganges muß mit neuen Betriebseinschränkungen und Stilllegungen, die wiederum mit Massenentlassungen verbunden sind, gerechnet werden. Die geringe Kaufkraft der großen Masse der Werktätigen, hervorgerufen durch den ungeheuren Tiefstand der Löhne, läßt unmöglich eine Erweiterung des Inlands-Absatzmarktes zu. Bleibt also nur die Hoffnung, durch verstärkten Export die Wirtschaft zu beleben. Die Aussichten für einen verstärkten Exporthandel sind aber mehr als gering. Einestells stehen dem die überaus hohen Zollmauern, die rings um die kapitalistischen Länder aufgerichtet sind, entgegen. Die Ueberwindung dieser Zollschranken ist nach dem kapitalistischen Profitgesetz nur möglich durch eine noch tiefere Senkung der Löhne. Diese Senkung aber in dem von den Kapitalisten gewünschten Umfange in kürzester Zeit durchzuführen, wird nur durch Anwendung von Gewaltmaßnahmen erreicht werden können. Vor diesem Mittel scheut aber noch ein Teil der Bourgeoisie zurück, weil damit die Gefahr des erhöhten Widerstandes der Arbeiter verbunden ist. Das schließt aber nicht aus, daß die Bourgeoisie diesen Weg doch noch geht, wenn ihr keine anderen Möglichkeiten mehr bleiben. Vorläufig aber versucht sie auf einem weniger gefährlichen Wege ihr Ziel, neue Profitmöglichkeiten zu schaffen, zu erreichen. Ein

solcher Weg ist der Versuch, eine Herabsetzung der Reparationsschulden zu erreichen. Ob aber dies gelingt ist mehr als zweifelhaft. Doch auch dann, wenn der Hauptgegner der Reparationssenkung, Frankreich, mit einer solchen sich einverstanden erklären würde, wäre noch nicht viel geschaffen. Denn die aus der Senkung der Reparationskosten erzielten Summen würden nicht ausreichen, die deutschen Exportwaren so niedrig zu halten, daß die ausländische Konkurrenz mit Erfolg geschlagen werden könnte. Nur dann, wenn die ausländischen Kapitalisten durch Erschließung von neuen Märkten, wie beispielsweise durch die Aufteilung Chinas, neue Profitquellen erhalten, erwachsen auch den deutschen Kapitalisten die Chancen, auch für sich dabei etwas herauszuschlagen. Doch liegt diese Aussicht noch in der Ferne. Die Arbeitsbeschaffungspläne des ADGB. verheißten aber den Arbeitern in der nächsten Zeit Arbeit und Brot. Diese Verheißungen werden Verheißungen bleiben, denn realisiert können sie nicht werden. Der ADGB. ist sich doch genau bewußt, daß eine nennenswerte Verminderung des Arbeitslosenheeres auch im Frühjahr nicht zu erwarten ist. Die Bautätigkeit, sollte sie tatsächlich etwas aufleben, kann im günstigsten Falle höchstens die Hälfte der arbeitslosen Bauarbeiter erfassen. Dazu wird die Landwirtschaft kommen, die aber für die Frühjahrsbestellung ebenfalls nur einen geringen Prozentsatz der Arbeitsuchenden benötigt. Die Industrie hat, wie eingangs dargelegt wurde, keinerlei Beschäftigungsmöglichkeiten für die kommenden Monate. Was besagen also die paar Hunderttausend, die vielleicht in Landwirtschaft und auf dem Baumarkt unterkommen, gegenüber den 6½ Millionen Erwerbslosen? Alles Geschrei des ADGB. kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Beschaffung von Arbeit und Brot für alle nicht möglich sein wird. Ja, es ist eher damit zu rechnen, daß die wirtschaftliche Krise in Deutschland sich noch verschlechtern wird, statt zu verbessern. Schon wird von namhafter Seite bekanntgegeben, daß der Tiefpunkt der allgemeinen Wirtschaftskrise noch nicht erreicht sei und es wird dem ADGB. schwer fallen, diese Prognose zu entkräften.

Die Zukunft wird es zeigen, daß auch das Arbeitsbeschaffungsgeheul des ADGB. nichts weiter ist als eines jener Manöver, mit denen die Reformisten die Werktätigen von der wirklichen Lage abzulenken versuchen, indem sie den Massen glauben machen wollen, daß eine Aenderung dieses schrecklichen Zustandes auf friedliche Weise erreicht werden könnte. Kein Arbeiter sollte diesen Heuchlern Glauben schenken. Der ADGB. handelt im Auftrage der Kapitalisten, denen daran gelegen ist, die Proleten in der Dummheit zu erhalten, um sie um so besser ausbeuten zu können.

Ausreichende Arbeitsmöglichkeiten können nur dann geschaffen werden, wenn die deutsche Arbeiterschaft denselben Weg geht wie die russische.

## Wozu Gewerkschaftsbeiträge?

Der kärgliche Verdienst, den heute die Mehrzahl der Arbeiter in den Betrieben erhält, hat dazu geführt, daß die Arbeiterfamilien sich in schrecklichster Notlage befinden. Die notwendigsten Anschaffungen können nicht vorgenommen werden, weil das Geld dazu fehlt. Jedes Geldstück muß zehnfach umgedreht werden, bevor es weggegeben wird. Bei einer solchen Notlage ist es durchaus verständlich, wenn die Kollegen die Frage der Gewerkschaftsbeiträge erörtern, und sie auf ihre Zweckmäßigkeit prüfen. Leider wird bei solcher Prüfung nur allzu leicht vom falschen Standpunkt des Sparens von Ausgaben um jeden Preis ausgegangen und das Ergebnis sind verkehrte Schlußfolgerungen. Nicht selten sind es auch die Frauen, die, in Unkenntnis über das „Warum Gewerkschaften?“, ihre Männer vom Zahlen der Beiträge abzuhalten versuchen. Was jedoch am häufigsten vorkommt, sind die Antworten, die man beim Werben von Unorganisierten zu hören bekommt und die etwa so lauten: „Zu was soll ich Beiträge zahlen! Mit dem Geld machen sich die Bonzen nur schöne Tage und fette Bäuche; uns aber wird doch nicht geholfen!“

Solche Antworten beweisen, wie wenig diese Arbeiter das Wesen der Gewerkschaftsbewegung kennen. Zum anderen aber sind solche Redensarten die Folge der Enttäuschungen, welche die Arbeiter seitens der Reformisten erleben mußten. Es ist unmöglich, diesen Kollegen im Rahmen dieses Artikels die Unterschiede, die zwischen dem reformistischen DMV. und dem IVfdM. bestehen, klarzulegen. Doch soll, so weit dies möglich ist, auch darauf Bezug genommen werden.

Genau wie im Haushalt eines Arbeiters Einnahmen und Ausgaben miteinander in Einklang gebracht werden müssen, muß auch das Soll und Haben des Verbandes aufeinander abgestimmt werden, d. h., der Verbandshaushalt muß so zu regeln versucht werden, daß die Ausgaben die Einnahmen nicht übersteigen. Das ist aber durchaus nicht so einfach, wie es sich mancher Kollege vorstellen mag. Die einzigen Einnahmen, über die der Verband verfügt, sind die Gelder, welche durch die Beiträge einkommen. Demgegenüber stehen Ausgaben, noch und noch und es gibt sicher Viele, die von der Mannigfaltigkeit eines solchen Ausgabebeutels keine Ahnung haben.

Da sind zunächst die Bundesbeiträge. Wie alle Mitglieder wissen, ist der IVfdM. dem BRIV. angeschlossen. Zur Aufrechterhaltung dieser Mitgliedschaft müssen Bundesbeiträge entrichtet werden. Das sind pro Kopf und Monat 0,03 RM. Hinzu kommen die Druckerkosten für Zeitungen und Flugblätter, die infolge der hohen Papierpreise nicht gering sind. Zeitungen aber sind für den Verband ebenso notwendig, wie für den Arbeiter das tägliche Brot. Sind doch die Zeitungen das Sprachrohr des Verbandes, womit in erster Linie den Arbeitern die Ziele des Verbandes vermittelt werden.

Weiter sind zu nennen die Kosten für Gerichtsvertretungen. Jedes Mitglied hat bekanntlich Anspruch auf Rechtsschutz bei Streitigkeiten mit dem Unternehmer. Die Kosten trägt der Verband und sind manchmal ziemlich hoch. Es kommen hinzu die Summen für die Entschädigung der

Hauskassierer, der Aufrechterhaltung der Büros (Miete, Licht, Heizung, Telefon usw.).

Das Antragen der Verbandszeitungen und die Kassierung der Beiträge verursachen den damit beauftragten Kollegen einen ganz enormen Verschleiß an Schuhsohlen. Es wäre unbillig, diese Ausgaben den Funktionären aufzubürden. Ueber die Notwendigkeit der Bürokosten braucht wohl nicht gesprochen zu werden, sie liegt auf der Hand. Den größten Ausgabeposten nimmt jedoch die Streik- und Maßregelungsunterstützung ein. Entsprechend dem Charakter unseres Verbandes als Kampforganisation ist die Unterstützung von streikenden und gemäßregelten Kollegen eine seiner Hauptaufgaben. Im Gegensatz zum DMV., der seine Hauptaufgabe in der Abwürgung von Streiks durch Verweigerung der Streikunterstützung sieht, ist der IVfdM. bemüht, durch Gewährung einer möglichst reichlichen Kampfunterstützung die Streikenden zu stärken und zur Ausdauer zu veranlassen. Ebenso tritt der IVfdM. für seine gemäßregelten Mitglieder ein. In ganz Deutschland gibt es keine Arbeiterorganisation (ausgenommen die im BRIV. zusammengeschlossenen Verbände), die in solch vorbildlicher Weise für ihre kämpfenden Mitglieder sorgt. Zur Illustrierung dieser Tatsachen folgendes:

An dem kürzlich im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf stattgefundenen Streik waren sowohl der Industrieverband als auch der DMV., christlicher Verband und die RGO. beteiligt. Christen und DMV. erklärten gleich zu Anfang des Kampfes, keine Unterstützungen zu zahlen. Später allerdings gewährte der DMV. seinen Mitgliedern eine geringe Unterstützung, und zwar aus Furcht, bei eventueller Nichtgewährung den Einfluß auf die Metallarbeiter in Hennigsdorf völlig zu verlieren, da die DMV.-Mitglieder drohten, zum Industrieverband überzutreten. Anders die RGO. Sie versprach jedem am Streik beteiligten Arbeiter eine durchschnittliche Unterstützung von 15 bis 20 RM. Aber das war nur ein Versprechen. Und solches Versprechen nimmt die RGO. nicht ernst, denn heute noch warten viele Kollegen auf die Erfüllung dieses Versprechens. Noch nicht einmal die gemäßregelten RGO.-Mitglieder konnten von ihrer Leitung eine genügende Maßregelungsunterstützung erhalten, was nicht Wunder nimmt, da die RGO. zum Zwecke des Stimmenfangs nur 10- und 20-Pfennigbeiträge erhebt. Daß man damit keine Unterstützungen zahlen kann, ist wohl jedem denkenden Arbeiter einleuchtend.

Wie ganz anders dagegen wurde beim Industrieverband gehandelt.

Sofort nach Aufnahme des Kampfes erhielten die Mitglieder ihre Streikkarten ausgestellt und wurden die Sätze der den einzelnen Mitgliedern zustehenden Unterstützungen bekanntgegeben. Ohne Wanken und Schwanken erhielten die Kollegen während der Dauer des Kampfes ihre Unterstützungen, so wie vorher zugesichert war. Keine „Sanktionierung“, keine Genehmigung durch „Führer“ war dazu nötig, wie das beim DMV. üblich ist. Die Selbstverständlichkeit der Gewährung der Streikunterstützung sowie die außerordentliche Höhe derselben setzte die Mitglieder der Christen, des DMV. und der RGO. in Erstaunen. Zum erstenmal sahen sie den gewaltigen Unterschied zwischen reformistisch-christ-

lichen Verbänden und einer wirklichen Kampforganisation. Daß ein solcher Kampf, der wochenlang dauert, erhebliche Summen anfeuert, ist logisch, und die Kollegen, die in solchen Kämpfen die vollste Unterstützung seitens des Verbandes erhielten, werden also begreifen, wie notwendig die Verbandsbeiträge sind. Aber auch die Kollegen, die bisher noch nichts von der Gewerkschaft „erhielten“ (denn die für sie aufgewendeten Gelder für Zeitungen, Propagandamaterial, Statuten, Bildungsmöglichkeiten usw., werden meist nicht in Betracht gezogen), werden nun begreifen, daß die Gewerkschaftsbeiträge notwendig sind und daß sie ganz und gar im Interesse der Arbeiterschaft verwendet werden. Je mehr an Beitragsgeldern dem Verband zufließen, um so mehr kann er die Streik- und Maßregelungsunterstützungen erhöhen, kann eine ausgedehntere Propaganda entfaltet werden, um so schneller wächst und breitet sich die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung aus, um so eher kann den Kapitalisten gebührend entgegengetreten werden.

Darum Kollegen Mitglieder und solche, die es werden wollen:

Wollt ihr, daß die Organisation ihre Pflicht und Schuldigkeit gegenüber der Arbeiterschaft tut, daß sie den Befreiungskampf des Proletariats mit allen Mitteln unterstützt, dann tut auch ihr eure Schuldigkeit und zahlt regelmäßig und pünktlich eure Verbandsbeiträge. Wenn auch die Not riesengroß ist, für den Kampf gegen die Unterdrücker, den die Gewerkschaft führt, muß trotzdem ein Schärfelein übrigbleiben. Durch die pünktliche Zahlung der Mitgliedsbeiträge stärkt ihr die Schlagkraft des Industrieverbandes für das Metallgewerbe.

## Gibt es noch ein Streikrecht?

Die Arbeitsämter, welche in ihrer Mehrheit von ehemaligen reformistischen Gewerkschaftsangehörigen besetzt sind, glauben auch ihrerseits dazu beitragen zu müssen, daß Streiks gegen die unerhörten Lohnherabsetzungen der letzten Zeit vermieden werden, um dem Kapital nicht wehe zu tun.

Einige Vorfälle in den letzten Tagen haben gezeigt, daß diese offen dazu übergehen, Streikbrechervermittlung zu betreiben.

Bei dem Streik des Betriebes „Spritzguß“, Weißensee, wo die Mehrheit der Arbeiter im Einheitsverband organisiert ist, hat der DMV., getreu seiner Rolle, den Streik wild bezeichnet.

Der zuständige Arbeitsnachweis Kottbuser Straße vermittelte daraufhin Metallarbeiter für diesen Betrieb. Auf die Vorstellung, daß dort gestreikt werde, erklärte das Arbeitsamt, daß das Landesarbeitsamt den Streik für beendet betrachtete.

Auch während des Streiks der Firma Jaroslav hat die Arbeitsvermittlung eingesetzt.

All diese Streiks sind nicht einmal gegen die Notverordnung, sondern es handelt sich hier um anderweitige betriebliche Forderungen.

Trotzdem nach dem Gesetz eine Verpflichtung der Arbeitsämter, Streikbrecher zu vermitteln, nicht vorliegt, sondern es im Belieben der Arbeitsämter liegt, ob sie solche Vermittlung vornehmen wollen oder nicht, ergibt sich aus der Handhabung der letzten Zeit, daß die Arbeitsämter immer mehr dazu übergehen, Arbeitslose zum Streikbruch zu zwingen. Die Drohung der Unterstützungs-Entziehung, wenn sie die Arbeit nicht annehmen, bedeutet nicht mehr und nicht weniger als mit der Hungerpeitsche die Arbeiter zu zwingen, an ihrer eigenen Klasse Verrat zu üben.

## Zollwucher

Um wieviel billiger wir leben könnten, wenn die Einfuhr mancher Lebensmittel nicht verboten wäre und zur Hochhaltung der Preise keine Zölle erhoben würden, zeigt folgende Liste Posener Lebensmittelpreise um die Weihnachtszeit:

Kalbfleisch . . . . .	Pfund	0,30 Mk.
Schweinefleisch . . . . .	Pfund	0,35 Mk.
Rindfleisch . . . . .	Pfund	0,25-0,30 Mk.
Butter . . . . .	Pfund	1,10 Mk.
Kartoffeln . . . . .	Pfund	0,01 Mk.
Großes Huhn . . . . .	Stück	1,00 Mk.
Gans . . . . .	Stück	3,00-4,00 Mk.
Hase, gestreift, . . . . .	Stück	2,50 Mk.

Posen ist eine Großstadt und die vorgenannten Preise sind Kleinhandelspreise, die zum Weihnachtsfest sogar noch etwas angezogen hatten.

## Bezirksverein Nowawes—Potsdam

Am Donnerstag, dem 17. März 1932, abends 7 Uhr, findet im Lokal Otto Gebauer, eine wichtige Funktionärkonferenz statt. Sämtliche Funktionäre sind verpflichtet, an derselben teilzunehmen.

Gleichzeitig machen wir bekannt, daß am Sonnabend, dem 19. März 1932, abends 7 Uhr, im Lokal Otto Gebauer, Karl-Grühl-Straße, eine

außerordentliche Generalversammlung

abgehalten wird. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Die Teilnahme wird durch Kontrollstempel vermerkt.

Der Vorstand des Bezirksvereins Nowawes—Potsdam.  
I. A.: Karl Siegmund.

## Bekanntmachung

Die anhaltende Krise, in Verbindung mit der Arbeitslosigkeit hat auch innerhalb unserer Organisation Auswirkungen gezeitigt.

Da die Erwerbslosigkeit in unserer Mitgliedschaft ziemlich groß ist, sind die Eingänge an Beitragsgeldern zurückgegangen. Um nun unseren Kampffonds zu stärken, hat der Vorstand, gemäß den Beschlüssen des Reichskongresses beschlossen, eine Kampffondsmarke herauszugeben. Wir richten daher an alle Mitglieder, insbesondere aber an die in Arbeit stehenden, die Aufforderung, durch Erwerb der Kampffondsmarken das finanzielle Rückgrat der Organisation zu stärken

# Schiffbau-Industrie-Verband

Zentrale: Berlin-Rummelsburg, Kantstr. 11. — Telefon: E 5 Lichtenberg 2094.

## Die offene Krise in der Weltschifffahrt

Die Cunard-Linie hat vor kurzem den Bau des 73 000-Tonnen-Dampfers eingestellt, obwohl der Bau schon weit vorgeschritten ist, obwohl die englische Regierung die volle Versicherungsgarantie für den Bau übernommen hat. Seit Jahren ist die staatliche Handelsflotte der USA. von mehreren Millionen Tonnen zum größten Teil aufgeleert; es findet sich kein „Liebhaber“ dafür. Die United States Lines, die größte Privatreederei der Vereinigten Staaten, konnte im vorigen Jahr nur dadurch saniert werden, daß der Staat die Subvention in Gestalt der Bezahlung für Postbeförderung verdoppelte. Für den Bau der neuen beiden 50 000-Tonnen-Dampfer hat der Staat 75 Prozent des Baupreises zu billigsten Zinssätzen auf 20 Jahre geliehen.

Die Sanierung der französischen Co. Générale Transatlantique hätte fast zum Sturz der Regierung geführt; durchgeführt ist sie wegen des Widerstandes des Senats immer noch nicht. Die Verluste übertrafen das Aktienkapital (etwa 300 Millionen Franken). Der Staat mußte auf seine Forderungen in Höhe von 500 Millionen Franken ein fünfjähriges Moratorium gewähren; außerdem sollte er als Subvention für den Amerikadienst sofort weitere 100 Millionen Franken und die Garantie für eine Anleihe in Höhe von 300 Millionen Franken übernehmen. Die Verzögerung der Sanierung durch den Senat hat jetzt zur Einstellung des Baues der beiden Ozeandampfer geführt und damit mehrere Tausend Werftarbeiter arbeitslos gemacht.

In Italien feierte das Subventionssystem Triumphe.

Hier machte man den Unterschied zwischen „unbedingten“, „bedingten“ und „erwünschten“ Linien. Für die erste Gruppe gibt es die höchsten Staatszahlungen; dafür muß der Betrieb „unbedingt“ aufrechterhalten werden. Das staffelt sich dann über die „bedingten“ zu den „erwünschten“ Linien; für die letzten zahlt der Staat die geringsten Beträge. Der Bau neuer Schiffe wurde erst recht subventioniert. Zu diesem Zweck hat man sogar ein besonderes Kreditinstitut errichtet, das besonders billige Kredite zu vermitteln hat. Jetzt erträgt es der Faschistenstolz nicht länger, daß die Wirtschafts- und Faschistenführer auf fremden Schiffen ihre Weltreisen machen — also werden gleich zwei 46 000-Tonnen-Dampfer gebaut; für jeden hat der Staat einen Kredit von 150 Millionen Lire gegeben. 1931 sind alle vier Großreedereien Italiens in Schwierigkeiten geraten; man hat sie kürzlich alle zusammen in einen großen Konzern „Italia“ gebracht. Aber ohne Erhöhung der Subventionen von 180 auf 230 Millionen Lire jährlich ging auch das nicht.

In anderen Ländern geht es nicht viel besser.

Die Lage der deutschen Flotte ist alles andere als günstig.

Die Hapag-Lloyd-Union hat im Jahre 1931 nur 224 000 Passagiere befördert, während es im Jahre 1930 noch 301 000 waren. Die Union dürfte im abgelaufenen Jahre die Abschreibung nicht verdient haben; sie hat allerdings noch einen finanziellen Rückhalt an den amerikanischen Freigabeländern.

Die Entwicklung in der Weltschifffahrt bestätigt die überall sonst gemachte Erfahrung: Ueberproduktion und Kapitalfehlleitung, weil das Augenmaß für die wirtschaftlichen Möglichkeiten fehlte. Der nationalistische Flaggenehrigkeit dieses wirtschaftliche Augenmaß nur verschleierten. Die Weltschifffahrtspleite ist offen eingestanden in dem vorgestern von der Hapag-Lloyd gemachten Vorschlag, daß in der ganzen Welt alle über 25 Jahre alten Schiffe — das sind noch 17 Prozent des Bestandes — abgewrackt, das heißt verschrottet werden sollen!

## Inflations-Propaganda

Die deutsche Presse beschäftigt sich jetzt mit allerhand Währungsplänen. Den Anfang hat eigentlich der wirtschaftliche Leitartikel des „Berliner Tageblatts“, Pinner, gemacht, der vor Wochen schon für die Devaluation der Reichsmark (Herabsetzung von hundert auf achtzig Pfennig) eintrat. Nun hat Professor Wagemann ganz im Nazistil das Projekt einer Binnen- und Auslandswährung dargelegt, und der Reichstagspräsident Löbe hielt sich für verpflichtet, die Ausgabe von Milliarden von Rentenmarkscheinen vorzuschlagen. Der sterbende Kapitalismus soll durch Papier gerettet werden. Sofern die Projekte so offenkundig einen inflationistischen Charakter tragen wie die der Pinner, Wagemann, Löbe und Genossen, wird es nicht ganz leicht sein, das Volk von der Notwendigkeit einer „Geldneuschöpfung“ zu überzeugen. Aber nur die plumpesten Propagandisten der Inflation treten so offenkundig auf. Inflation kann nämlich auch vorhanden sein, ohne daß der Geldmittelumlauf, der bei uns freilich schon die respektable Höhe von 6 Milliarden RM erreicht, sich sprunghaft vermehrt. Wenn beispielsweise vor einigen Tagen das Projekt aufgetaucht ist, eine Industriebank zu gründen, der es obliegen soll, eine Entlastung der Banken von eingefrorenen Schuldern herbeizuführen, so haben wir es hier mit dem Versuche einer Kreditinflation zu tun. Dazu kommt, daß das angeführte Projekt nur ausführbar ist, wenn die Bank für ihre Forderungen Reichsschatzanweisungen erhält. Nun sind solche Anweisungen an sich noch kein Geld, sie werden es erst durch Diskontierung bei der Reichsbank. Die stärkere Inanspruchnahme des Staatsbankinstitutes aber tritt dann sofort in Gestalt von vermehrter Notenausgabe zum Vorschein — die Inflation wäre da!

## Unfallversicherung der Lehrlinge

Lehrlinge in versicherungspflichtigen Betrieben sind grundsätzlich gegen Unfälle versichert und die Versicherung umfaßt auch den Weg von und zur Arbeitsstelle. Für Lehrlinge gelten aber, zwar nicht nach dem Wortlaut, so doch nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes gewisse Ausnahmen. So hat die oberste Spruchbehörde stets dahin entschieden, daß Unfälle auf dem Wege zur Berufsschule nicht entschädigungspflichtig sind, weil die Berufsschule der Berufsausbildung dient und mit dem Gefahren-

bereich des Betriebes nicht zusammenhängt. Ebenso steht nach der Rechtsprechung die Ablegung der theoretischen Gesellenprüfung nicht im Zusammenhang mit dem Betrieb, und die mit dieser Prüfung im Zusammenhang stehenden Wege sind von der Unfallversicherung nicht erfasst. Dagegen sagt das Gesetz (§ 544 RVO.), das die Lehrlinge der Versicherungspflicht unterstellt, ausdrücklich, daß auch verbotswürdiges Verhalten die Annahme eines Betriebsunfalles nicht ausschließt.

Bei dieser Rechtslage ist die Entscheidung wichtig, die der IV. Rekursenat des Reichsversicherungsamtes am 24. April 1931 (I a 8926/29) gefällt hat. Ein Lehrling ist an der Abrichtemaschine seines Lehrmeisters verunglückt, als er an seinem Gesellenstück arbeitete. Die Berufsgenossenschaft bestritt die Entschädigungspflicht, weil der Lehrling den Schreibtisch, den er als Gesellenstück anfertigte, für sich selbst, nicht für den Lehrmeister machte. Das Reichsversicherungsamt hat aber den Unfall als Betriebsunfall anerkannt. Daß der Verunglückte den Schreibtisch für sich anfertigte, wurde als belanglos betrachtet. Entscheidend war der Umstand, daß der Unfall im Betriebe und bei der Inanspruchnahme der Betriebsmittel des Unternehmers erfolgte.

## Kostgeldsätze für Lehrlinge

Der Vorstand der Handwerkskammer zu Berlin hat beschlossen, die Kostgeldsätze für Lehrlinge auf den Stand des Jahres 1927 herabzusetzen. Dieser Beschluß bedarf der Zustimmung der Vollversammlung der Handwerkskammer und der Aufsichtsbehörde, des Oberpräsidiums.

Dennoch gehen schon gegenwärtig Handwerksmeister dazu über, den Lehrlingen die geringeren Kostgeldsätze zu zahlen.

In allen Fällen, wo im Lehrvertrag vermerkt ist, daß die Kostgeldsätze nach den Richtlinien der Handwerkskammer gezahlt werden, besteht der Anspruch auf Zahlung nachfolgender Beträge:

im 1. Lehrjahr	5 RM.
im 2. Lehrjahr	7 RM.
im 3. Lehrjahr	9 RM.
im 4. Lehrjahr	12 RM.

Die Kostgeldsätze sind, wenn der entsprechende Passus im Lehrvertrag enthalten ist, einklagbar.

## Der Hauskassierer kommt!

Der Beitragssammler ist ein wichtiges Glied der Organisation, seine Arbeit schafft enge Bindungen zwischen Mitgliedern und Organisation. Wenn er die Beiträge von den Mitgliedern restlos einziehen will, muß er unverdrossen unzählige Male, treppauf und treppab steigen. In der heutigen Zeit schwerer, wirtschaftlicher Not ist das keine leichte Arbeit.

Das Einkassieren der Beiträge ist persönlich eine der wenig angenehmsten Tätigkeiten für die Organisation, aber andererseits ein sehr wichtiges Amt. Darum sollten verständige Mitglieder dem Kassierer das Amt erleichtern; auch der Kassierer ist ein Mitglied gleich dem, bei dem er die Beiträge einzieht. Der Einkassierer ist Funktionär des Verbandes, und hat eine wichtige Funktion zu erfüllen. Möchtest du, werter Kollege, nicht ein wenig dazu beitragen, diese Tätigkeit zu erleichtern? Dazu gehört ein wenig guter Wille und einiges Verständnis für die Beschwerden seiner Arbeit.

Gib deinen Angehörigen den Auftrag, während deiner Abwesenheit aus der Wohnung den Beitrag auszulegen oder hinterlege den Beitrag bei den Nachbarn. Wenn der Kassierer jedes Mitglied zweimal aufsuchen muß, bedeutet das die Verdoppelung seines Arbeitspensums.

Melde Wohnungswechsel rechtzeitig dem Kassierer oder schriftlich der Bezirksleitung, damit doppelt und dreifache Wege erspart bleiben.

Erleichtert dem Kassierer sein schweres Amt nach Möglichkeit durch freundliches Entgegenkommen, verlangt und erwartet von ihm nicht, daß er einen Vortrag über Arbeitsrecht, Notverordnung usw. hält, denkt daran, wie viele Mitglieder er noch besuchen muß. Auf dem Verbandsbüro, in den Mitgliederversammlungen werden gern alle arbeitsrechtlichen und gewerkschaftlichen Auskünfte von Kollegen gegeben, die zu deiner Verfügung stehen und die nur die Pflicht haben, dir zu helfen.

Kollegen beherzigt diese kurzen Worte!

## Wovon man spricht: Devisen und Valuten

In Deutschland steht heute die Devisen im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses. Durch Notverordnung wurde sogar eine besondere Regelung des Devisenverkehrs geschaffen. Die Uebertretung der Bestimmungen der Devisenordnung wird mit schweren Strafen geahndet. Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren hat derjenige zu erwarten, der in Konflikt mit den verschiedenen Paragraphen der neuen Devisenordnung kommt. Deutlicher kann wohl kaum jedem zum Bewußtsein gebracht werden, welche Bedeutung die Unternehmer und ihre Regierung der Devisen im allgemeinen und besonders in solchen Zeiten wie jetzt zumessen.

Was ist eine Devisen?

Jedem ist bekannt, daß Ware nicht immer Zug um Zug verkauft wird, sondern auch gegen ein schriftliches Versprechen der Zahlung an einem bestimmten Termin. Ueber dieses Zahlungsverprechen wird eine Schuldurkunde ausgestellt, die den Beweis der Schuld enthält und die weiter an Dritte veräußert werden kann und so als Handelsgeld verwendet wird. Der Käufer bezahlt das Zahlungsverprechen abzüglich der Zinsen (Diskont) sofort und holt am Verfalltag beim Schuldner die Zahlung ein. Diese Schuldurkunde heißt, wie wir bereits wissen, Wechsel.

Der Wechsel ist nun ein Platzwechsel, wenn er am Orte fällig und zahlbar ist, er heißt Rimessa oder Versandwechsel,

## Faschistenputsch in Finnland

In Finnland haben die Faschisten nach vorhergehender fieberhafter Tätigkeit ihre Anhänger unter die Waffen gerufen und drohen nun, den Marsch auf die Hauptstadt des Landes, Helsingfors, anzutreten. Das Ziel des neuerlichen Lappoputsches ist, die Regierung zum Rücktritt zu zwingen und an ihre Stelle eine den Lappoleuten, wie die finnischen Faschisten genannt werden, genehme Regierung zu setzen. Ob die Lappobewegung dieses Ziel erreichen wird, steht zur Zeit noch nicht fest. Wenn auch nicht alles erfüllt werden wird, was die Lappo-Putschisten verlangen, ist doch mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß sie zumindest Teil-erfolge erringen. Schon der erste Lappo-Putsch endete mit einem Siege der Faschisten. Das Parlament wurde aufgelöst und die Kommunistische Partei Finnlands verboten.

Die Angaben über die Zahl der Putschisten gehen weit auseinander. Nach Informationen der schwedischen Zeitung „Aftonbladet“ soll der Lappogeneralstab über 30 000 Mann verfügen. Die Zeitung fügt hinzu, daß diese Zahl eher zu niedrig als zu hoch sei.

Wie man sieht, versuchen die Faschisten in Finnland, genau wie ihre deutschen Meuchelmörder, mit aller Gewalt die Macht in ihre Hand zu bekommen. Auch in Deutschland wären die Faschisten schon längst zu Putschversuchen übergegangen, wenn die Arbeiterschaft nicht auf dem Posten wäre. Doch genau so wenig, wie die deutschen Faschisten die Massen aus ihrem Elend herauszureißen vermögen, sind auch die finnischen Faschisten nicht imstande, einen Ausweg aus der Krise zu zeigen. Hier wie dort kann nur durch das Eingreifen der Arbeiterschaft eine menschenwürdige Aenderung des jetzt herrschenden Elends herbeigeführt werden.

## Zur Verseuchung der Menschheit

Dem nationalsozialistischen Jahrbuch für 1932 ist zu entnehmen, welche gewaltiger Zeitungsvrust zur Verkleisterung der Gehirne von seiten der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei aufgewendet wird.

Danach bestehen z. Z. insgesamt 97 Zeitungen und Zeitschriften, davon sind 46 tägliche Zeitungen, 6 erscheinen halbwochentlich, 38 wöchentlich, 1 halbmonatlich und 3 monatlich. Ferner erscheint eine illustrierte Zeitung und 2 Witzblätter.

Wie man hieraus ersieht, ist der nationalsozialistische Presse-Apparat bereits zu einer gewissen Bedeutung angewachsen und darf nicht unterschätzt werden. — Neben diesen Reichsdeutschen Blättern erscheinen auch solche im Ausland.

In Danzig besteht eine Wochenzeitung, in Oesterreich erscheinen 4 nationalsozialistische Wochenzeitungen, in der Tschechoslowakei wird eine Tageszeitung, 1 Halbwochenzeitung und 8 Monatszeitungen herausgegeben. Hinzu kommen noch 2 halbmonatliche und 5 monatlich erscheinende Gewerkschaftsblätter, die nach ihrer Einstellung zu der nationalsozialistischen Bewegung gezählt werden.

Aus vorstehenden Angaben ersieht man, daß sich die nationalsozialistische Pest immer mehr auszubreiten beginnt, selbst über die Grenze hinweg, daß gerade die Presse es ist, die zur Verseuchung der Menschheit am meisten beiträgt.

## Allen Kollegen zur Kenntnis!

Die Büroräume des Verbandes befinden sich seit dem 1. März 1932 in Lichtenberg, Kantstr. 11.

Die Postadresse lautet:

**Schiffbau-Industrie-Verband  
Berlin-Rummelsburg  
Kantstraße 11**

Telefonisch sind wir zu erreichen unter

**E 5 Lichtenberg 2094.**

Wir ersuchen unsere Kollegen, sich die Adresse und Telefonnummer auszuschneiden und aufzuheben.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung ist die 11. Beitragswoche fällig.

Druck: A. Janiszewski GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 29.

wenn er zur Einholung der Zahlung erst an einen anderen Ort des Inlandes versendet werden muß. Ein Wechsel aber, dessen Summe im Ausland, z. B. in New York, in der dortigen Währung gezahlt werden soll, ist eine „Auszahlung New York“ oder eine Devisen. Selbstverständlich wird eine Devisen New York in Berlin nur dann gehandelt werden, wenn sie von einem weltbekannten New-Yorker Bankhaus (als „Akzeptant“, d. h. die Bank haftet für die Devisen) die Unterschrift trägt.

Devisen kommen in der Regel durch den Export zustande. Sie werden im Inlande in der Weise verwertet, daß sie an eine Diskontbank gelangen und durch diese gegen einen Preisabschlag oder zu einem Kurse der Notenbank verkauft werden.

Der Besitzer der Devisen in Deutschland kann sie so jeden Augenblick, wenn er will, in deutsche Mark umtauschen. Die Reichsbank kann dann hinterher am Verfalltag die Devisen zur Einlösung nach dem Auslande senden. Aber dazu kommt es in der Regel nicht, sondern es erfolgt eine internationale Verrechnung. Wird beispielsweise genau so viel exportiert als importiert, so wird überhaupt nicht gezahlt, sondern die Devisen ermöglichen eine bargeldlose internationale Abrechnung. Nur der jeweilige Ueberschuß wird dann in Gold gezahlt. Die Devisen vereinheitlichen und vereinfachen auf diese Weise den internationalen Zahlungsverkehr, was für die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen von außerordentlicher Bedeutung ist.

In der nächsten Nummer der Zeitung werden wir unter obiger Ueberschrift weitere Artikel bringen. (Die Red.)